

Name:
Adresse:

Datum:

**Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Berichte über die fortdauernde Notlage der Migrant(inn)en im belarussisch-polnischen Grenzgebiet erfüllen mich mit großer Besorgnis.

Das diktatorische Regime von Belarus instrumentalisiert die hilflosen Menschen, darunter viele Kinder, und hat die Krise gezielt herbeigeführt. Zweifellos werden die polnischen Behörden dadurch vor erhebliche Herausforderungen gestellt.

Dennoch stehen die Europäische Union wie auch Polen in der Verantwortung, im Einklang mit international gültigen Menschenrechtsverträgen eine humane Antwort darauf zu finden.

Polnische Sicherheitskräfte haben zahlreiche Personen, darunter Kinder, nach Belarus zurückgewiesen. Diese „Pushbacks“ verletzen die EU-Charta der Grundrechte.

Auch wenn die Zahl der Migrant(innen) im Grenzgebiet zurückgegangen ist, sind die verbleibenden Menschen weiterhin vom Tod durch Erfrieren, durch Hunger und Durst, mangelnde medizinische Versorgung oder durch gezielte Zurückweisungen nach Belarus bedroht.

In Anbetracht der unermesslichen Not bitte ich Sie, darauf hinzuwirken, dass:

- die „Pushbacks“ beendet werden und diese Ereignisse wie auch konkrete Folter- oder Misshandlungsvorwürfe umfassende und unabhängige Ermittlungen nach sich ziehen;
- Mitarbeiter(innen)en der UNO und insbesondere Hilfsorganisationen wie dem UNHCR, aber auch Menschenrechtsverteidiger(innen) und Journalist(inn)en uneingeschränkter Zugang zum Krisengebiet ermöglicht wird;
- die Migrant(innen)en eine umfassende medizinische und humanitäre Versorgung sowie angemessene Unterkünfte erhalten;
- Familienmitglieder nicht voneinander getrennt werden, auch nicht aufgrund von medizinischen Behandlungen;
- den Flüchtlingen ein faires Asylverfahren gewährleistet wird;
- innerhalb der Europäischen Union eine politische Lösung für die humanitäre Aufnahme von Menschen in verschiedenen Mitgliedsstaaten gefunden wird, möglichst unter Berücksichtigung von familiären Bezügen innerhalb der EU, die bei einigen Migrant(innen)en bestehen.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.
Mit vorzüglicher Hochachtung

Name:
Adresse:

Datum:

Mr. Josep Borrell Fontelles
Vice-President of the European Commission
High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy
Rue de la Loi 200
1049 Brussels
BELGIUM

Sehr geehrter Herr Vizepräsident der Europäischen Kommission,

Berichte über die fortdauernde Notlage der Migrant(inn)en im belarussisch-polnischen Grenzgebiet erfüllen mich mit großer Besorgnis.

Das diktatorische Regime von Belarus instrumentalisiert die hilflosen Menschen, darunter viele Kinder, und hat die Krise gezielt herbeigeführt. Zweifellos werden die polnischen Behörden dadurch vor erhebliche Herausforderungen gestellt.

Dennoch stehen die Europäische Union wie auch Polen in der Verantwortung, im Einklang mit international gültigen Menschenrechtsverträgen eine humane Antwort darauf zu finden.

Polnische Sicherheitskräfte haben zahlreiche Personen, darunter Kinder, nach Belarus zurückgewiesen. Diese „Pushbacks“ verletzen die EU-Charta der Grundrechte.

Auch wenn die Zahl der Migrant(innen) im Grenzgebiet zurückgegangen ist, sind die verbleibenden Menschen weiterhin vom Tod durch Erfrieren, durch Hunger und Durst, mangelnde medizinische Versorgung oder durch gezielte Zurückweisungen nach Belarus bedroht.

In Anbetracht der unermesslichen Not bitte ich Sie, darauf hinzuwirken, dass:

- die „Pushbacks“ beendet werden und diese Ereignisse wie auch konkrete Folter- oder Misshandlungsvorwürfe umfassende und unabhängige Ermittlungen nach sich ziehen;
- Mitarbeiter(innen)en der UNO und insbesondere Hilfsorganisationen wie dem UNHCR, aber auch Menschenrechtsverteidiger(innen) und Journalist(inn)en uneingeschränkter Zugang zum Krisengebiet ermöglicht wird;
- die Migrant(innen)en eine umfassende medizinische und humanitäre Versorgung sowie angemessene Unterkünfte erhalten;
- Familienmitglieder nicht voneinander getrennt werden, auch nicht aufgrund von medizinischen Behandlungen;
- den Flüchtlingen ein faires Asylverfahren gewährleistet wird;
- innerhalb der Europäischen Union eine politische Lösung für die humanitäre Aufnahme von Menschen in verschiedenen Mitgliedsstaaten gefunden wird, möglichst unter Berücksichtigung von familiären Bezügen innerhalb der EU, die bei einigen Migrant(innen)en bestehen.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.

Mit vorzüglicher Hochachtung